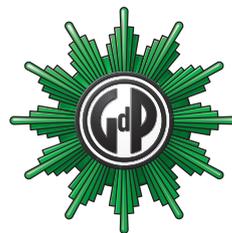




# 70 Jahre Gewerkschaft der Polizei

- Nicht nur eine kompetente Interessenvertretung, sondern Impulsgeber für die Innere Sicherheit  
*Was andere über uns sagen*
- Stationen, Ereignisse, Erfolge  
*Ein Blick zurück auf 70 spannende Jahre*
- Zukunft beginnt jetzt  
*Ziele, Wünsche und Träume für die nächsten Jahrzehnte*



**Gewerkschaft  
der Polizei NRW**



## Impressum

### Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen  
[www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

### Verantwortlich für den Inhalt

Stephan Hegger

### Fotos

GdP NRW, GdP Kreisgruppe Bielefeld,  
Polizeihistorische Sammlung Polizei-  
präsidium Hamm, Fotoarchiv Hermann  
Wesseling, IPA-Museum Essen

### VERLAG

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR  
GmbH Anzeigenverwaltung  
Forststraße 3 a • 40721 Hilden • Telefon  
0211 7104-0 • Telefax 0211 7104-174 •  
[av@VDPolizei.de](mailto:av@VDPolizei.de)

### Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz  
**Anzeigenleiterin** Antje Kleuker

Druck KUK GmbH, Düsseldorf

April 2018

© 2018, 05/2018/39

# Inhalt

## Grußworte

Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen	3
André Kuper, Präsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen	4
Anja Weber, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk NRW	5
Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei	6
Arnold Plickert, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei	7
70 Jahre GdP – Blick zurück nach vorn	8
Zukunft beginnt jetzt – Landesdelegiertentag 2018	20



## Die GdP ist nicht nur eine kompetente Interessenvertretung, sondern als Gemeinschaft der Praktiker wichtiger Impulsgeber für die Innere Sicherheit.

70 Jahre Landesbezirk Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft der Polizei – zu diesem stolzen Jubiläum gratuliere ich herzlich!

Als 1948 der „Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen“ gegründet wurde, nur drei Jahre nach dem Ende des Krieges und des NS-Regimes, musste eine Polizei aufgebaut werden, die mit der Angst und Schrecken, Terror und Gewalt verbreitenden Polizei der nationalsozialistischen Diktatur nichts gemein hatte. Die Entwicklung vom totalitären Polizeisystem des Nationalsozialismus zur rechtsstaatlich verfassten, bürgernahen Polizei von heute hat die Gewerkschaft der Polizei aktiv mitgestaltet. Die GdP Nordrhein-Westfalen kann deshalb mit Selbstbewusstsein und Stolz auf das zurückblicken, was sie seit 1948 für ihre Kolleginnen und Kollegen, für unseren demokratischen Rechtsstaat und damit für unsere Gesellschaft und unser Land geleistet hat.

Wichtige Themen waren in den ersten Jahren die Verbesserungen bei der Besoldung der Ausbildung, der Heilfürsorge und der Dienstkleidung. Zu den späteren Erfolgen der GdP gehören die Überwindung der dreigeteilten Laufbahn sowie bessere Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten. Sie ist aber nicht alleine eine kompetente Interessenvertretung, sondern als Gemeinschaft der Praktiker im Polizeidienst wichtiger Impulsgeber für die Innere Sicherheit.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen steht hinter unserer Polizei und zugleich für eine starke Polizei. Dabei sind für uns drei Punkte besonders wichtig: ausreichend Personal, bestmögliche Ausstattung und die notwendigen Befugnisse. Die Polizei muss tun können, was sie tun darf, und sie muss tun dürfen, was zum Schutz der Inneren Sicherheit notwendig ist. Weil wir es damit ernst meinen, haben wir die Mittel für die Innere Sicherheit deutlich erhöht. Wir stellen mehr Polizistinnen und Polizisten ein und investieren in neue Fahrzeuge, Schutzwesten und schussichere Helme. Wir weiten die polizeiliche Videobeobachtung aus und überprüfen die Rechtsgrundlagen polizeilichen Handelns mit dem Ziel, ihr eine effektivere Arbeit als bisher zu ermöglichen.

Die Landesregierung verfolgt eine Null-Toleranz-Strategie gegen Straftäter. Wir gehen entschlossen gegen Terrorismus, Cybercrime, Organisierte Kriminalität und Einbruchdiebstahl vor. Und wir verbessern die Kooperation mit den angrenzenden Bundesländern sowie den Niederlanden und Belgien, um Kriminelle auch jenseits der Landesgrenzen verfolgen und fassen zu können.

Täglich sorgen unsere Polizistinnen und Polizisten engagiert und professionell für unsere Sicherheit. Das tun sie unter steigenden Belastungen. Dafür gebührt ihnen der Dank, die Anerkennung und der Respekt der gesamten Gesellschaft. Der aber fehlt immer öfter. Wir dürfen und wir werden nicht hinnehmen, wenn sie selbst bei Einsätzen angepöbelt, beschimpft und sogar tötlich angegriffen werden. Auch in dieser Hinsicht wird die Landesregierung gemeinsam mit der GdP die vielfältigen Herausforderungen der Inneren Sicherheit konsequent angehen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Jubiläumsjahr und für die Zukunft alles Gute.

Armin Laschet  
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

## Die GdP darf stolz sein auf ihre Pioniere, die mutig die demokratischen Rechte wahrgenommen und verwirklicht haben. Dadurch ist es gelungen, dass die Polizei zum geschätzten Partner der Bürgerinnen und Bürger wurde.



Mit Freude gratuliere ich zum 70-jährigen Bestehen der Gewerkschaft der Polizei. Dank und Anerkennung spreche ich aus für ihr Wirken in den zurückliegenden sieben Jahrzehnten.

Die Polizei gehört zu jenen Bereichen, in denen gewerkschaftliche Arbeit am erkennbarsten unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern dient. Egal, ob es um Fragen des Personals und dessen Bezahlung, um belastende Arbeitsbedingungen, die Qualität der Ausrüstung oder um unzureichende Gesetze geht – wenn die Polizei auf Defizite aufmerksam macht, dann horchen die Bürgerinnen und Bürger auf, denn sie spüren, dass es um ihre Sicherheit geht. Aber in dem scheinbar Leichten steckt auch die Schwierigkeit für die Polizeigewerkschaften. Denn tatsächlich ist eine Mischung aus Streitbarkeit und Bedachtsamkeit gefordert, aber keine Illoyalität und Panikmache. Denn Angst und Verunsicherung sind in der Bevölkerung leicht zu erregen, aber nur außerordentlich schwer und mühsam wieder zu beseitigen.

Anders ausgedrückt: Die sozialen und beruflichen Interessen der Polizeiangehörigen müssen in Übereinstimmung gebracht werden – mit dem Ziel, die Innere Sicherheit dauerhaft zu stärken. Und das gelingt der GdP NRW seit 70 Jahren.

Am 22. Juli 1948 wurde zunächst der „Bund der Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen“ gegründet, der sich im September 1950 dann umbenannt in den „Landesverband Nordrhein-Westfalen der GdP“. Was damals in den Wirren der Nachkriegszeit angelegt wurde, entwickelte sich im Laufe der folgenden 70 Jahre zu einer Erfolgsgeschichte. Umso mehr sollte zu einem runden Jubiläum hervorgehoben werden: Es ist nicht zuletzt der Verdienst der Gewerkschaftsarbeit in der Polizei, dass nach dem Zweiten Weltkrieg zügig eine professionelle Polizei geschaffen werden konnte, die von Beginn an den Anforderungen und dem Selbstverständnis unseres demokratischen Rechtsstaats entsprach. Gerade die GdP darf stolz sein auf ihre Pioniere, die mutig die demokratischen Rechte wahrgenommen und verwirklicht haben. Dadurch ist es gelungen, dass die Polizei zum geschätzten Partner der Bürgerinnen und Bürger wurde. Sie wissen genau: Eine im rechtsstaatlichen Bewusstsein handelnde und effizient organisierte Polizei ist Garant für die Sicherheit und für den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte in unserem Land. Und dafür braucht sie eine gute Ausbildung, Besoldung und Ausstattung.

Das Handlungsfeld Innere Sicherheit und dessen gesellschaftliches und politisches Umfeld unterliegen heute einem tiefgreifenden Wandel. Neue Aufgabenbereiche und veränderte Bedrohungslagen stellen die Sicherheitsbehörden vor vielfältige Herausforderungen. Zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen bedarf es strategischer und politischer Grundlagen.

Es gilt die Zukunft aktiv zu gestalten. Und diese Fähigkeit ist eines der Markenzeichen der GdP Nordrhein-Westfalen. Darauf beruhen ihr Ansehen und ihr Einfluss – auch im Landtag Nordrhein-Westfalen. Die GdP wird geschätzt, weil sie im Sinne der Allgemeinheit „positiv unbequem“ ist: im Sinne der Polizistinnen und Polizisten und damit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Wir im Landtag wissen in allen Fraktionen, wie bedenklich es wäre, wenn gerade die Polizeiangehörigen mit unkritischer Ergebnisorientierung alle Entwicklungen über sich ergehen ließen. Dabei ist die GdP in 70 Jahren jedoch nie eine einseitig Verbündete einer Fraktion, der jeweiligen Opposition oder der Regierung gewesen. Sie hat sich stets an der Sache orientiert. Und sie hat sich stets durch parteipolitisch unabhängige, aber gewiss nicht wertneutrale Stellungnahmen zu rechtspolitischen, gesellschaftlichen und berufspolitischen Fragen hervorgetan. Sie hat damit der Inneren Sicherheit nachhaltig gedient.

Neue Aufgaben, veränderte Kriminalitätslagen, der internationale Terrorismus und neue Kriminalitätsphänomene stellen immer größere Anforderungen an die Polizistinnen und Polizisten. Der Landtag wird auch weiterhin auf den Rat und die Kritik der GdP Nordrhein-Westfalen angewiesen sein!

Heute gratuliere ich mit Respekt, Dank und Anerkennung.

Herzlichst

André Kuper

Präsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen



**Es ist mit Blick auf andere europäische Länder keineswegs selbstverständlich, dass die Polizistinnen und Polizisten Teil der Gewerkschaftsbewegung sind. Dass dies bei uns der Fall ist, zeigt das demokratische Selbstverständnis unserer Polizei.**

Im Namen aller DGB-Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen gratuliere ich der GdP herzlich zu ihrem 70-jährigen Bestehen. Ich bin froh und stolz, die mit Abstand größte Polizeigewerkschaft in den Reihen des DGB zu wissen.

Es ist mit Blick auf andere europäische Länder keineswegs selbstverständlich, dass die Polizistinnen und Polizisten Teil der Gewerkschaftsbewegung sind. Dass dies bei uns der Fall ist, zeigt das demokratische Selbstverständnis unserer Polizei. Sie sieht sich nicht nur dafür zuständig, „Sicherheit und Ordnung“ durchzusetzen, sondern beschäftigt sich auch mit gesellschafts-politischen Fragen. So geht es der GdP auch immer um beides: Darum, bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu erreichen und darum, den demokratischen Diskurs voranzutreiben. Auf beiden Feldern ist die GdP sehr erfolgreich. Es tut uns gut, miteinander um die richtigen Positionen zu streiten, im Spannungsfeld von demokratischen Freiheiten und gesellschaftlicher Sicherheit. Diese Diskussionen brauchen wir!

Die steigenden Mitgliedszahlen belegen, wie anerkannt die GdP unter den Polizistinnen und Polizisten ist. Für sie ist es selbstverständlich, dass ihre Gewerkschaft immer an ihrer Seite steht. Gleichzeitig ist die GdP eine bedeutende gesellschaftliche Kraft, die von Politik und Medien gehört wird.

Ich bin froh, dass in jüngster Vergangenheit ein Bewusstseinswandel der Politik gegenüber dem öffentlichen Dienst wahrnehmbar ist. Nachdem jahrelang auf dem Rücken der Beschäftigten gespart wurde, erleben wir, dass wieder mehr Stellen geschaffen werden. Der öffentliche Dienst wird wieder als Garant für ein funktionierendes Gemeinwesen wahrgenommen und das gilt für die Polizei ebenso wie für die Bildungseinrichtungen oder die Finanzämter. Es ist sicherlich auch dem Zusammenhalt und der stetigen Lobbyarbeit aller für den öffentlichen Dienst zuständigen DGB-Gewerkschaften zu verdanken, dass sich diese Erkenntnis durchsetzen konnte. Gemeinsam sind wir stärker – das gilt nicht nur für die Polizistinnen und Polizisten untereinander, sondern für alle Gewerkschaften unter dem Dach des DGB.

Neben einem weiteren Stellenaufbau muss es in Zukunft darum gehen, bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu erwirken. Gerade bei der GdP ist die Liste der Erfolge lang, sie hat viel dafür getan, den Arbeitsalltag der Polizistinnen und Polizisten zu verbessern. Und dennoch bleiben Herausforderungen: Überstunden, marode Polizeigebäude und eine mangelhafte IT-Ausstattung belasten unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich und wirken sich auf die Attraktivität des Polizeiberufes aus. Besondere Sorge bereitet mir die zunehmende Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Polizistinnen und Polizisten. Der DGB NRW und allen Mitgliedsgewerkschaften ist bewusst, dass diese Entwicklung nicht nur für die Beschäftigten selbst, sondern auch für unsere Gesellschaft insgesamt verheerend ist. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, diesem Trend entgegenzuwirken.

Die GdP verweist immer wieder darauf: Sicherheit hat auch eine soziale Dimension. Polizistinnen und Polizisten müssen ausbaden, was Politik und Gesellschaft nicht ausreichend lösen. Die zunehmende soziale Spaltung führt zu Aggressionen derjenigen, die keinen Anteil am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg haben. Hier müssen wir dringend nachjustieren. Die Würde des Menschen ist unantastbar! Unsere Kolleginnen und Kollegen in Uniform, die jeden Tag mit großem Engagement für unsere Gesellschaft eintreten, verdienen unseren Respekt und unseren Dank!

Anja Weber  
Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes  
Bezirk NRW

**In den 1950er-Jahren hat die GdP in Nordrhein-Westfalen zweimal hintereinander eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent durchgesetzt – das ist mit Blick auf heute eine traumhafte Größenordnung. Später gingen vom Landesbezirk NRW die entscheidenden Initiativen zur zweigeteilten Laufbahn aus.**



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

zum 70. Jahrestag Eurer Gründung gratuliere ich Euch persönlich und im Namen der gesamten GdP besonders herzlich! Gerade die damaligen Anfänge waren spannend. Als es nach dem Krieg den Polizisten in der britischen Besatzungszone, zu der neben Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein auch Nordrhein-Westfalen gehörte, mit der Militärregierungsverordnung Nr. 134 vom 1. März 1948 erlaubt wurde, ihre Vertreter selbst zu wählen, begann eine neue Ära. Polizeibeamtenverbände konnten gegründet werden, auch wenn sie anfangs nicht als gewerkschaftliche Interessenvertretungen agieren durften. Unter diesen Bedingungen entstand am 22. Juli 1948 in Düsseldorf der „Bund der Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen“. Der Vorläufer der erst zwei Jahre später gegründeten Gewerkschaft der Polizei.

Die GdP hat in den folgenden sieben Jahrzehnten im Land und im Bund viele Bewährungsproben bestanden, ist bei Politiker-Attacken standhaft geblieben und hat sich stets für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Vor allem die zu verschiedenen Perioden wiederholten Versuche der Politik, einer Vermischung von Polizei und Militär das Wort zu reden, blieben dank klarer Worte der GdP erfolglos.

Das gilt auch heute noch. Gerade in der jüngsten Bedrohungssituation kann die Botschaft nicht laut genug sein: Terroristen sind Mörder und keine Krieger. Es gibt also keinen Anlass, Soldaten zu Hilfspolizisten zu ernennen.

Angesichts der aktuellen Lage muss es auch für die Politik vor allem um eine schnelle Personalaufstockung der Polizei gehen. Die Politik muss endlich eine schonungslose Bestandsaufnahme der tatsächlich vorhandenen Personalstärke der Polizei vorlegen, einschließlic der Zahl der anstehenden Pensionierungen und des bundesweiten Krankenstandes. Denn natürlich liegt der GdP nicht nur der Schutz der Bürgerinnen und Bürger am Herzen, sondern auch die soziale Situation der Polizistinnen und Polizisten.

In den 1950er-Jahren hat die GdP in Nordrhein-Westfalen zweimal hintereinander eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent durchgesetzt – das ist mit Blick auf heute eine traumhafte Größenordnung. Später gingen vom Landesbezirk NRW die entscheidenden Initiativen zur zweigeteilten Laufbahn aus. Und ich bin fest davon überzeugt, dass auch weiterhin zwischen Rhein und Weser gute Ideen geboren werden.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen fachlich und sozial kompetente Polizistinnen und Polizisten. Daran misst sich die gesamte GdP. Das wird auch in dreißig Jahren noch der Fall sein, wenn die Gewerkschaft der Polizei in Nordrhein-Westfalen ihren 100. Geburtstag begehen wird.

Oliver Malchow

Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

**Die GdP hat in den vergangenen siebzig Jahren große Erfolge erzielt. An Herausforderungen, die wir lösen müssen, wird es uns trotzdem auch in den nächsten Jahrzehnten nicht mangeln. Auch wenn es manchmal die gleichen Probleme sind, die wir schon einmal gelöst haben.**



Das Misstrauen der Alliierten gegen deutsche Uniformträger war nach dem Ende des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs groß. Das galt auch für die Polizei – wegen der verheerenden Rolle, die sie während des Nationalsozialismus bei der Unterdrückung und Verfolgung von politisch Andersdenkenden, bei der systematischen Ermordung der Juden und bei der Besetzung unserer Nachbarländer gespielt hat. Kein Wunder, dass die Polizei 1945 von den Alliierten zunächst zerschlagen wurde und dass es anfangs Polizisten nur auf kommunaler Ebene gab – unter der Aufsicht der Alliierten und ausgerüstet nur mit einem Schlagstock. Auch die Bezahlung der Polizisten – Frauen gab es damals bei der Polizei noch nicht – war zunächst äußerst schlecht. Erst im Sommer 1948 durften sich die Polizisten gewerkschaftlich organisieren, drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Und auch das nur unter der Auflage der britischen Militärregierung, sich nur um die sozialen Belange der Polizisten zu kümmern, nicht um politische Fragen.

Am 22. Juli 1948 gründen 202 Vertreter von örtlichen Polizeivereinigungen aus ganz NRW im Haus Wagner in Düsseldorf-Benrath den „Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen“. Zwei Jahre später sollte aus ihm durch den Zusammenschluss mit den Polizeibünden in den anderen Ländern der britischen Zone und von Westberlin die Gewerkschaft der Polizei hervorgehen. Der 22. Juli 1948 ist deshalb die Geburtsstunde der späteren GdP.

Auch wenn die Möglichkeiten der GdP, sich politisch zu betätigen, zunächst eingeschränkt waren, standen bei ihrer Arbeit von Anfang an die Fragen im Vordergrund, die auch heute noch die Arbeit der GdP prägen: die Forderung nach Einstellung von genügend Polizisten, um den Anforderungen an die Polizei gerecht werden zu können, nach einer besseren Ausstattung und vor allem nach einer gerechten Bezahlung.

Wer die vergangenen 70 Jahre GdP noch einmal Revue passieren lässt, stößt auf eine Erfolgsgeschichte. Angefangen von den ersten Gehaltserhöhungen von 20 Prozent 1951 und von weiteren 20 Prozent 1953 über die Wiederverstaatlichung der Polizei im gleichen Jahr bis hin zur schrittweise besser werdenden Ausstattung. Später, nach der Aufhebung des politischen Betätigungsverbots für die GdP, kommen weitere Themen hinzu, wie der erfolgreiche Widerstand der GdP gegen eine Militarisierung der Polizei in den fünfziger und sechziger Jahren, ihr Kampf für ein liberales Demonstrationsrecht zu Beginn der siebziger Jahre und für die Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn in den achtziger und neunziger Jahren.

Aber kein Erfolg gilt für immer. 2004 hat die damalige rot-grüne Landesregierung die Wochenarbeitszeit aller Beamten in NRW einseitig auf 41 Stunden ausgedehnt und die Lebensarbeitszeit um zwei Jahre verlängert. Im Gegenzug hat sie die Einstellungszahlen bei der Polizei mehr als halbiert. Auch ein Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb hatte daran zunächst nichts geändert. Erst Massenproteste der GdP haben dazu geführt, dass dieser Fehler 2008 von der Politik wieder korrigiert wurde. Das ist lange her, könnte man meinen, aber an den Folgen leiden wir bis heute. Trotz der Einstellung von inzwischen 2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern pro Jahr.

2013 hat die damalige, ebenfalls rot-grüne Landesregierung, die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten verweigert. Nur bis A 10 sollten die Bezüge der Beamten im gleichen Umfang steigen wie die Einkommen der Tarifbeschäftigten. Auch diesen Versuch zur Sanierung des Landeshaushalts auf Kosten der Beschäftigten hat die GdP verhindert. Unterstützt von den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und von einer Klage der damaligen Opposition vor dem Landesverfassungsgerichtshof.

Zwei Beispiele, die zeigen, warum die GdP auch im 21. Jahrhundert notwendig ist.

Arnold Plickert

Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

# 70 Jahre GdP

## Blick zurück nach vorn



### Schwierige Anfangsjahre

Am 8. Mai 1945 endet der Zweite Weltkrieg. Mehr als 60 Millionen Menschen sind dem vom Deutschland begonnenen verbrecherischen Krieg zum Opfer gefallen. Wegen ihrer Beteiligung an der Verfolgung politisch Andersdenkender, an der Ermordung der Juden und ihrer Rolle als Besatzungsmacht in den Nachbarländern lösen die Alliierten die Polizei auf.

Die Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist Aufgabe der Militärpolizei. Nur auf der kommunalen Ebene gibt es auch deutsche Polizisten. In Nordrhein-Westfalen stehen die Polizisten anfangs unter dem Kommando der britischen Militärregierung. Ihre Ausrüstung besteht aus einer alten Wehrmachtsuniform mit einer weißen Armbinde und einem Holzknüppel. Später kommt eine Pistole hinzu, mit einem Schuss Munition. Auch die Bezahlung ist zunächst schlecht.



# 70 Jahre GdP

## Blick zurück nach vorn

### Gründung der GdP

Erst drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dürfen sich auch die Polizisten wieder gewerkschaftlich organisieren. Am 22. Juli 1948 gründen 202 Vertreter der örtlichen Polizeibünde in Düsseldorf-Benrath den „Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen“. Als Vorsitzender wird Fritz Schulte gewählt.

Das Misstrauen der britischen Militärregierung gegenüber den Polizisten bleibt trotzdem groß. Der Bund der Polizeibeamten darf sich anfangs nur um die sozialen Belange seiner Mitglieder kümmern, nicht aber politisch betätigen. Trotzdem gewinnt er schnell viele Mitglieder. Eine große Bedeutung kommt dabei der 1949 gegründeten Zeitschrift „Der Polizeibeamte“ zu, dem Vorläufer der heutigen Mitgliederzeitschrift „Deutsche Polizei“.

Zwei Jahre später, am 14. September 1950, gründet der Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Polizeibünden aus den anderen Ländern der britischen Besatzungszone und in Westberlin die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen wird damit zum Vorläufer der GdP.

Parallel zum Aufbau der GdP schreitet auch der Aufbau der Polizei voran. Anfang der fünfziger Jahre kehrt mit der ersten Polizeiuniform der Tschako zurück.



### Erste Erfolge

Die schwierige soziale Situation der Polizisten lässt die Mitgliederzahl der GdP schnell wachsen. 1949 hat der Bund der Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen bereits 18 000 Mitglieder. 1952 sind es sogar 25 000.

Immer wieder gehen Tausende von Polizisten für die Forderungen der GdP nach besseren Arbeitsbedingungen und nach einer besseren Bezahlung der Polizisten auf die Straße. Im Juli 1950 nehmen 7500 Polizisten an einer Protestveranstaltung in Düsseldorf teil. Zwei Jahre später, im November 1952, kommen erneut 6000 Teilnehmer zur Großdemonstration nach Essen, um soziale Verbesserungen für die Polizisten und eine Verstaatlichung der Polizei zu fordern.

Die Proteste der GdP zeigen erste Erfolge: Am 1. April 1951 werden in NRW die Gehälter der Polizisten um 20 Prozent erhöht. Im April 1953 kommen weitere 20 Prozent hinzu. Im Oktober des gleichen Jahres wird die Polizei in NRW wieder zur Landesaufgabe.

Trotzdem bleibt auch in den kommenden Jahren die Verbesserung der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Polizisten die wichtigste Forderung der GdP.

Im Herbst 1954 legt die GdP eine Denkschrift zur Besoldungsreform vor. Als die Innenminister der Länder der Forderung nach einer aufgabengerechten Besoldung der Polizisten endgültig eine Abfuhr erteilen, kommt es in zahlreichen Städten in ganz Deutschland zu Protestaktionen. Der Höhepunkt der Aktionen ist ein Schweigemarsch durch die Kölner Innenstadt, an der 25 000 Polizisten teilnehmen. Der

# 70 Jahre GdP

## Blick zurück nach vorn

nordrhein-westfälische Innenminister Franz Meyers (CDU) verbietet den Marsch. Die GdP zieht daraufhin vor das Verwaltungsgericht und bekommt Recht. Sie gewinnt damit ihren ersten wichtigen Kampf zur Durchsetzung des Demonstrationsrechts für Polizisten. 1956 kann die GdP zwei weitere wichtige Erfolge verbuchen: Das allgemeine Grundgehalt wird aufgestockt, das Kindergeld erhöht und der Stellenplan verbessert. Die zahlreichen Proteste der vergangenen Jahre zahlen sich aus. Zwei Jahre später, im März 1958, tritt das Landespersonalvertretungsgesetz in Kraft. Auch Polizisten können jetzt ihre Interessenvertreter wählen. Auch bei der technischen Ausstattung der Polizei gibt es Fortschritte. Die Arbeit der Polizei wird professioneller.



Parallel zu den Protestaktionen baut die GdP in den fünfziger Jahren ihre Leitungen für die eigenen Mitglieder weiter aus. Am 22. Juli 1955 legt der Landesbezirk in Wildbergerhütte den Grundstein für ein Schulungs- und Erholungsheim für die eigenen Mitglieder.

Auch wenn das eigene Schulungsheim später aus wirtschaftlichen Gründen wieder aufgegeben werden muss und die Seminare seitdem in einem privaten Tagungshotel stattfinden, ist Wildbergerhütte für viele GdP-Mitglieder noch immer ein Ort mit vielen Erinnerungen.

## Wechsel an der Spitze

Im Dezember 1955 stirbt überraschend der langjährige GdP-Vorsitzende Fritz Schulte. Im März des folgenden Jahres wählen die Delegierten den Rheydter Polizisten Werner Kuhlmann zum neuen Landesvorsitzenden. Er wird dieses Amt bis 1971 innehaben.

*Werner Kuhlmann bei einer Protestaktion der GdP für Soziale Gerechtigkeit im Gespräch mit dem damaligen Innenminister Willi Weyer (FDP)*



# 70 Jahre GdP

## Blick zurück nach vorn

### Kampf gegen die Militarisierung der Polizei

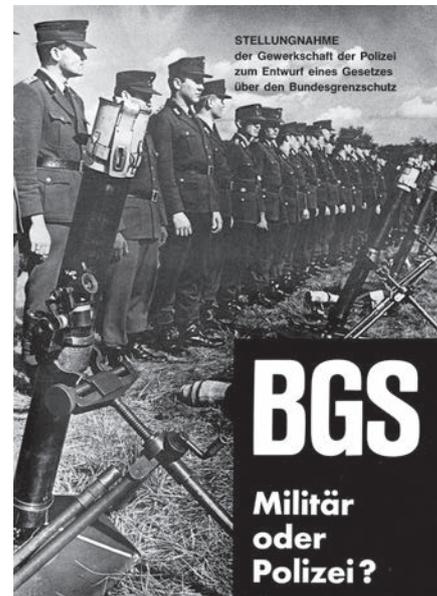


Nach der Überwindung der größten sozialen Not rückt in den sechziger Jahren ein weiteres Thema in den Mittelpunkt der GdP-Arbeit: der Kampf gegen die Militarisierung der Polizei.

Unter ihrem Vorsitzenden Werner Kuhlmann gelingt es der GdP, zahlreiche kluge Köpfe an sich zu binden, darunter den späteren Chef der Bereitschaftspolizei in NRW, Dr. Kurt Gintzel, und den Inspekteur der Polizei, Alfred Dietel.

In den Folgejahren veröffentlicht die GdP zahlreiche Positionspapiere zur Trennung von Militär und Polizei, zur Demokratisierung des Demonstrationsrechtes und für eine gerechte Bezahlung der Polizei.

1961 legt die GdP Verfassungsbeschwerde gegen die geplante Einführung von Explosionsmitteln als Polizeiwaffe ein. 1962 verhindert sie, dass den Polizisten im Kriegsfall der Objektschutz übertragen wird. 1968, auf dem Höhepunkt



der Studentenbewegung, setzt die GdP durch, dass die Polizei im Notstandsfall keine militärischen Aufgaben übernehmen muss. Sie schreibt damit maßgeblich ein Stück der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit: Militär und Polizei bleiben auch in Zukunft getrennt.

### Neutralitätsgebot der Polizei durchgesetzt

In den siebziger Jahren gerät auch das Demonstrationsrecht in den Fokus der GdP. Während konservative Politiker und Unternehmer fordern, dass die Polizei bei Streiks einschreitet und die vermeintlichen Rädelführer festnimmt, kämpft die GdP dafür, dass die Polizei sich bei politischen Auseinandersetzungen neutral verhalten muss. Der „Arbeitskampf ist nicht die Stunde der Polizei“, stellt sie fest.

In den Leitsätzen zum Arbeitskampf, die der Landesbezirk NRW 1978 beschließt, heißt es:

- Streikfreiheit hat Grundrechtsqualität.
- Polizeiliche Maßnahmen richten sich nie gegen den Arbeitskampf.
- Für die Polizei gilt das Gebot der Neutralität.

Diese Position sollte später auch Eingang in die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts finden.



# 70 Jahre GdP

## Blick zurück nach vorn

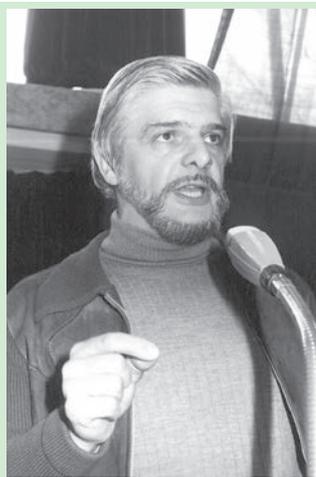
### Gerechtigkeit für die Polizei



Trotz neuer Sorgen bleibt in den sechziger und siebziger Jahren die Forderung der GdP nach einer gerechten Bezahlung ganz oben auf der politischen Agenda. Auch die von der GdP durchgesetzte Verbesserung der Stellenpläne und die zum 1. Januar 1969 eingeführte Wechseldienstzulage führen nicht zu einem Ende der Proteste.

Immer wieder beteiligen sich Tausende Polizisten an den Aktionen der GdP. Unter dem Motto „Sicherheit für die Bürger – Gerechtigkeit für die Polizei“ kommen am 20. Januar 1969 mehr als 8000 Beschäftigte der Polizei zu einer Protestaktion nach Bochum. Bei einer erneuten Demonstration am 1. April, ebenfalls in Bochum, beteiligten sich sogar 10 000 Polizisten. Diesmal lautet das Motto „Polizei – Stiefkind der Nation“. Nur zwei Wochen später gehen erneut 10 000 Polizisten auf die Straße - diesmal in Düsseldorf, um dem damaligen Ministerpräsidenten Heinz Kühn (SPD) eine Resolution mit den Forderungen der GdP zu übergeben. Die GdP setzt damit ein deutliches Signal, dass es so nicht weitergehen kann.

Um ihrer Forderung nach einer funktionsgerechten Bezahlung der Polizei Nachdruck zu verleihen, legt die GdP 1970 das Positionspapier „Polizei-notruf“ vor. Darin fordert sie die Einführung von demokratischen Führungsstrukturen und eine grundlegende Reform der Polizeiausbildung. Der bislang vorherrschende Formaldrill soll abgeschafft werden, die Bezahlung der Polizisten verbessert werden.



#### Mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie

Auf dem Gewerkschaftstag im Mai 1971 tritt Werner Kuhlmann nach 15 Jahren als Landesvorsitzender nicht mehr an, um sich auf seine Aufgaben als Bundesvorsitzender zu konzentrieren.

Als Nachfolger wird der Recklinghausener Hauptkommissar Klaus Schlicht gewählt. Schlicht tritt für eine Modernisierung der Polizeiausbildung und für eine stärkere Wahrnehmung der gesellschaftspolitischen Aufgaben der Polizei ein. Bei seiner Wiederwahl im Mai 1973 hält er ein viel beachtetes Grundsatzreferat „Den Menschen verpflichtet“, das viele der späteren Forderungen der GdP vorwegnimmt.

In seine Amtszeit fällt eine massive Auseinandersetzung mit dem damaligen Innenminister Willi Weyer (FDP), der die Mitbestimmungsrechte der Polizei abschaffen und die Polizeibehörden neu strukturieren will. Die GdP setzt sich am Ende in beiden Punkten durch.

Nach nur vier Jahren legt Klaus Schlicht 1975 aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Landesvorsitzender nieder. Zu seinem Nachfolger wird der erst 39 Jahre alte Bielefelder Kriminalhauptkommissar Günter Schröder gewählt. Er wird 12 Jahre an der Spitze des Landesbezirks stehen.

# 70 Jahre GdP

## Blick zurück nach vorn

### Forderungen nach zweigeteilter Laufbahn

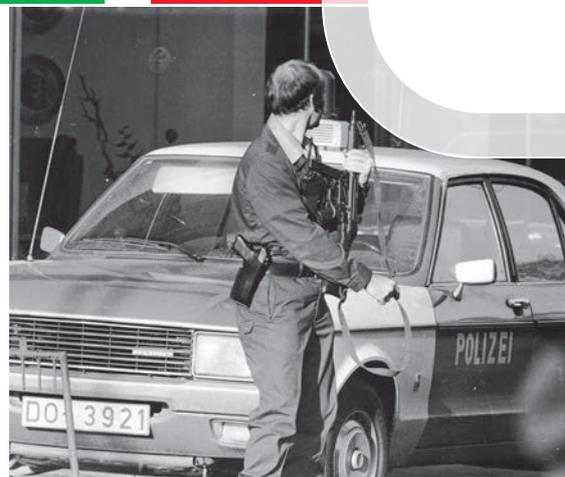
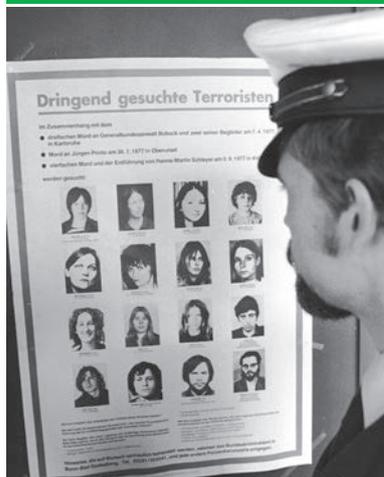
Ab Mitte der siebziger Jahre wird die Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn zum wichtigsten Thema der GdP „Auf jeden Streifenwagen gehört ein Kommissar!“ – lautete die dazugehörige griffige Formel. Bis zu ihrer endgültigen Durchsetzung sollte es ein langer Kampf werden.

1976 wird in NRW der Abschluss des Fachhochschulstudiums Voraussetzung zum Aufstieg in den gehobenen Dienst. Die GdP fordert, dass auch lebensältere Kollegen angemessene Aufstiegsmöglichkeiten bekommen müssen.

Zudem müssen grundsätzlich alle Stellen des mittleren Dienstes bei der Schutz- und Kriminalpolizei, die von ihrem Aufgabenprofil her dem gehobenen Dienst zuzurechnen sind, in Stellen des gehobenen Dienstes umgewandelt werden.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, bereitet die GdP Arbeitskampfmaßnahmen vor, setzt sie aber nach der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer durch die RAF vorübergehend aus. Der „Deutsche Herbst“ beginnt. Die meisten der in den nächsten Monaten auf den Weg gebrachten Antiterror-Gesetze werden von der GdP als blinder Aktionismus abgelehnt.

Die Terroranschläge der RAF sollten auch die Polizei nachhaltig verändern. Nicht nur durch die neuen Befugnisse, die sie jetzt bekommt, sondern auch durch die Einstellung von deutlich mehr Polizisten. Auch bei der Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn gibt es mehr und mehr Bewegung: 1979 gibt es im Landeshaushalt erstmals 3000 Stellen in der Besoldungsgruppe A 9. Ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Bis zur endgültigen Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn sollten allerdings noch mehr als drei Jahrzehnte ins Land gehen. Zwei weitere wichtige Ereignisse fallen in die Zeit von Günter Schröder als GdP-Vorsitzenden: die Aufnahme in den DGB und die Einstellung von Frauen.



#### Aufnahme in den DGB

Am 1. April 1978 wird die GdP als 17. Einzelgewerkschaft in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aufgenommen. Alle NRW-Delegierten hatten auf einem Außerordentlichen Delegiertenkongress in Berlin für den Eintritt gestimmt. Mit dem Beitritt zum DGB wird ein bereits seit 27 Jahren bestehender Kongressbeschluss der GdP Wirklichkeit. Durch die Mitgliedschaft in einem Dachverband wird die GdP endlich tariffähig. In Zukunft kann sie im Verbund mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB mitentscheiden, wenn es um die Tarifforderungen für die Beschäftigten bei der Polizei geht.

# 70 Jahre GdP

## Blick zurück nach vorn

### Eine Männerbastion fällt

1982 öffnet sich die Polizei endlich auch für Frauen: 73 Anwärterinnen beginnen am 1. Oktober in Selm und in Brühl ihre Ausbildung bei der Polizei.

Anfangs haben die jungen Kolleginnen einen schweren Stand bei ihren Vorgesetzten und bei ihren männlichen Kollegen. Bis sich herumgesprochen hat, dass die Frauen die Polizei positiv verändern. Zwei Jahre später entsteht im Landesbezirk eine Frauengruppe.



### Verantwortung hat ihren Preis

Im November 1986 scheidet Günter Schröder als GdP-Bundesvorsitzender aus. Zuvor war er wegen seiner Kritik an der Verhaftung des Neue Heimat-Funktionärs Alfons Lappas auf dem DGB-Bundeskongress in Hamburg öffentlich kritisiert worden. Im Februar 1987 legt Schröder auch den Landesvorsitz in NRW nieder. Zu seinem Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Klaus Steffenhagen gewählt.

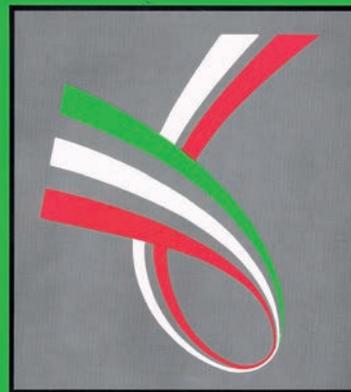
In seiner Zeit als Vorsitzender wird die Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn zur zentralen Aufgabe der GdP.

Unter dem Motto „Verantwortung hat ihren Preis“ ruft die GdP 1992 ihre Mitglieder zu einer ganzen Reihe von Großveranstaltungen auf. Selbst ein Sonderdelegiertentag in Düsseldorf und eine Urabstimmung unter den Beschäftigten gehören mit dazu. Noch im selben Jahr gelingt der Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn. Zwei Jahre später wird Innenminister Herbert Schnorr auf einer GdP-Veranstaltung in Bochum eine „gigantische Beförderungswelle“ ankündigen. In der Folge kommt es zu mehr als 15 000 Beförderungen.

Einen entscheidenden Anteil bei der Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn hatte ein vom Innenminister bereits drei Jahre zuvor in Auftrag gegebenes Gutachten der Unternehmensberatungsfirma Kienbaum. Die Gutachter hatten darin festgestellt, dass die Anforderungen an den Polizeiberuf in den vergangenen Jahrzehnten derart gestiegen sind, dass eine Eingruppierung der Beamten in den mittleren Dienst nicht mehr zu rechtfertigen ist. Die GdP hatte das Gutachten in Form einer eigenen Broschüre auch einem großen Adressatenkreis zugänglich gemacht.



### FUNKTIONSBEWERTUNG DER SCHUTZPOLIZEI



Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NW



# 70 Jahre GdP Blick zurück nach vorn

## Vom Drill zum Studium



Mit den Anforderungen an den Polizeiberuf steigen auch die Anforderungen an die Ausbildung der angehenden Polizisten. Dass zeigt sich auch an der Werbung für den Polizeinachwuchs. Dass junge Menschen, die sich für den Polizeiberuf entscheiden, heute keine Formalausbildung mit militärischem Drill mehr durchlaufen, sondern ein Fachhochschul-Studium, ist vor allem der von der GdP durchgesetzten zweigeteilten Laufbahn zu verdanken. Ab 2002 wird in NRW nur noch für den gehobenen Dienst ausgebildet. Anfangs noch in einem Diplom-Studiengang, seit 2008 in einem Bachelor-Studium. Innerhalb des dreijährigen, praxisnahen Studiengangs lernen die angehenden Polizistinnen und Polizisten heute alles, was sie für ihre ersten Berufsjahre bei der Polizei brauchen.



## Sparen ohne Sachverstand macht kopflös

Nach zehn Jahren an der Spitze der GdP wird Klaus Steffenhagen 1997 von der Landesregierung zum Polizeipräsidenten in Hagen berufen. Als sein Nachfolger wechselt Werner Swienty von der Spitze des Polizeihauptpersonalrates an die Spitze des Landesbezirks.

Schon seit dem Beginn der neunziger Jahre muss sich die GdP gegen wilde Sparorgien der Landesregierung wehren. Das wird auch in den kommenden Jahren zu einem der Hauptthemen der GdP werden.

Kurz nach der Landtagswahl kommt 1998 eine weitere politische Herausforderung hinzu: Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) will das Justiz- und das Innenministerium zu einem Superministerium verschmelzen. Die GdP hält das für unzulässig. Das sieht auch der Verfassungsgerichtshof in Münster so. Nach seiner Anfang Februar 2009 ergangenen Entscheidung könnte eine Zusammenlegung beider Ministerien die Unabhängigkeit der Dritten Gewalt in Frage stellen. Eine derart weitreichende Veränderung ist ohne eine Beteiligung des Landtags nicht möglich, urteilen die Richter.

Im Herbst 2002 erhöht die GdP mit dem Start der Aktion 5000plus noch einmal den Druck auf die Landesregierung, endlich mehr Polizisten einzustellen. Erneut gehen Tausende von Polizistinnen und Polizisten auf die Straße. Anfangs bleiben ihre Rufe allerdings ungehört.

Es wird sogar noch schlimmer: Um den Landeshaushalt zu sanieren, erhöht die rot-grüne Landesregierung un-

ter Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) 2003 die wöchentlichen Arbeitszeit aller Beamten auf 41 Stunden. Zudem wird die Pensionsgrenze um zwei Jahre nach hinten verschoben. Die Polizisten müssen die Sparmaß-



# 70 Jahre GdP Blick zurück nach vorn

nahme gleich doppelt bezahlen, denn im selben Atemzug reduziert das Land die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei von 1090 Anwärterinnen und Anwärter auf nur noch 500. Die GdP bereitet der Landesregierung daraufhin einen „heißen Sommer“.



**Die olizei**

Sparen ohne Sachverstand macht kopflos.

Jetzt reicht's!  
5000 plus

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Geschäftsstelle: 51100 Düsseldorf, Tel. 0211 72640-10, Fax 0211 72640-100, E-Mail: gdp@nwr.gewerkschaft.de, www.gdp.nwr.de

**Sparen ohne Sachverstand macht unbeweglich.**

Jetzt reicht's!  
5000 plus

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

## Ein Vier-Augen-Gespräch bringt die Wende

Am 1. September 2005 kommt es an der Spitze der GdP zu einem weiteren Generationswechsel. Der stellvertretende Landesvorsitzende Frank Richter löst Werner Swienty ab. Der Führungswechsel erfolgt in einer schwierigen Zeit: Unter dem Motto „Privat vor Staat“ verschärft die seit Juni 2005 regierende, neue schwarz-gelbe Koalition den Sparkurs ihrer Vorgängerregierung noch einmal. Tausende von Stellen sollen in den nächsten Jahren im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Auch bei der Polizei. 2007 schränken CDU und FDP zudem die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst massiv ein.

Immer wieder geht die GdP deshalb in den kommenden Monaten auf die Straße, bis es Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) zu viel wird. In einem vertraulichen Vier-Augen-Gespräch erklärt Rüttgers dem GdP-Landesvorsitzenden, dass er doch eigentlich ein Freund der Polizei sei. Von Frank Richter will er wissen, was er denn

tun muss, damit die GdP nicht ständig gegen ihn demonstriert?

Der GdP-Vorsitzende schlägt ihm vor, die Einstellungszahlen zu verdoppeln. Rüttgers willigt ein: Ab 2008 werden in NRW 1100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt. Heute sind es sogar 2300 pro Jahr. Ein Erfolg, der ohne den hartnäckigen Widerstand der GdP nicht zu Stande gekommen wäre.



# 70 Jahre GdP Blick zurück nach vorn



## Die Mitbestimmung kehrt zurück

Im Mai 2010 ändern sich in NRW erneut die politischen Mehrheitsverhältnisse. SPD und Grüne stellen zwei Monate später die Landesregierung. Anfangs noch als Minderheitsregierung, zwei Jahre später, nach einer vorgezogenen Landtagswahl, auch mit einer eigenen Mehrheit. Die GdP nutzt die Chance und erinnert die SPD an ihr vor der Wahl gegebenes Versprechen, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder herzustellen. Ende Januar 2011 legt die rot-grüne Landesregierung einen Entwurf zur Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes vor. Bis das Gesetz den Landtag passiert hat, sollte es zwar noch bis zur Sommerpause dauern, aber am Ende ist die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder hergestellt.



## Wir lassen uns nicht spalten!

Polizisten können auch Polizeibehörden führen: Im Sommer 2012 ernennt die rot-grüne Landesregierung den GdP-Landesvorsitzenden Frank Richter zum Polizeipräsidenten. Die Beirat wählt daraufhin am 15. November 2012 den bisherigen PHPR-Vorsitzenden Arnold Plickert zu seinem Nachfolger. Noch nicht einmal ein halbes Jahr im Amt, muss der neue GdP-Vorsitzende bereits einen Großkonflikt mit der Landesregierung bestehen: Am 8. März 2013 einigen sich die Gewerkschaften mit den Ländern auf eine Tarifierhöhung von 2,65 Prozent. 2014 gibt es weitere 2,95 Prozent. Für Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

ist das zu viel. Am 18. März erklärt Kraft, dass NRW den Tarifabschluss nur bis zur Besoldungsgruppe A 10 übernehmen wird. Für die übrigen Beamten soll es nur ein Prozent mehr geben, oder sie sollen sogar ganz leer ausgehen.

# 70 Jahre GdP

## Blick zurück nach vorn



Für die GdP ist das ein Wortbruch. Nur zwei Tage ist sie mit einer ersten Mahnwache vor dem Düsseldorfer Landtag präsent. Unter dem Motto „Wir lassen uns nicht spalten!“ ruft die GdP ihre Mitglieder immer wieder zu Protestaktionen auf. Überall, wo führende SPD-Mitglieder auftreten, werden sie von Protesten der GdP empfangen. Bei der 1. Mai-Demonstration in Duisburg muss die Ministerpräsidentin hinter Plakaten der GdP herlaufen, die ihr ihren Wortbruch vorhalten. Auch andere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes schließen sich der Protestwelle an. Kraft ist von dem Protest genervt. Auch aus den eigenen Reihen erntet sie zunehmend Kritik, bleibt aber zunächst stur. Den Durchbruch bringt eine Normenkontrollklage von CDU und FDP vor dem nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof. Am 1. Juli 2014 erklären die Richter das Besoldungsgesetz der rot-grünen Landesregierung für verfassungswidrig. Es kommt zu Verhandlungen mit den Gewerkschaften. GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert sitzt mit am Tisch, als einziger Vertreter der Polizeigewerkschaften. Am Ende muss Rot-Grün nachgeben: Statt einer doppelten Nullrunde gibt es in A 11 bis A 16 für 2013 und 2014 zwischen 5,25 und 3,77 Prozent. Die Pläne von Rot-Grün, Jahr für Jahr mehr als 400 Millionen Euro bei den Beamten einzusparen, sind damit endgültig vom Tisch.

### Projekt 1800

Trotz der Einigung im Besoldungskonflikt gehen die Auseinandersetzungen mit der Landesregierung allerdings in einem anderen Punkt weiter: Weil immer mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand gehen, fürchtet die GdP ein weiteres Ausbluten der Polizei. Zwar hatte Kraft bereits 2014 die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei von 1100 auf 1400 erhöht, das reicht aber nicht, um die absehbaren Personallücken bei der Polizei zu stopfen. Am 4. September startet die GdP deshalb ihr „Projekt 1800“. Innenminister Ralf Jäger (SPD) kann daraufhin nicht mehr behaupten, die Polizei könne so viele Anwärter gar nicht ausbilden.



### Politik lässt Polizei im Regen stehen

Unter dem Motto „Hooligans gegen Salafisten“ ziehen am 2. Oktober 2014 mehrere Tausend gewalttätige Fußballfans und Rechtsextremisten marodierend durch die Kölner Innenstadt. Zufällig am Weg stehende Passanten, Journalisten und Polizisten werden mit großer Gewalt angegriffen. Am Ende gibt es zahlreiche Verletzte und einen umgekippten Polizei-Bulli.



Die Politik weist umgehend alle Schuld für den fehlgelaufenen Einsatz der Polizei zu, um so von den eigenen Fehlern beim Personalabbau bei der Polizei abzulenken. Ein Vorgang, der sich anderthalb Jahre später bei der Kölner Silvesternacht 2015/2016 wiederholen sollte. In beiden Fällen stellt sich die GdP unverzüglich vor die angegriffenen Kolleginnen und Kollegen und fordert die Politik auf, mehr gegen die zunehmende Gewalt zu tun und der Polizei endlich das Personal zu geben, das sie braucht, um ihre Einsätze erfolgreich bewältigen zu können.

# 70 Jahre GdP

## Blick zurück nach vorn

### Wer andere schützt, darf nicht schutzlos sein



Bei einem brutalen Terroranschlag auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo töteten am 7. Januar 2015 islamistische Terroristen mitten in Paris 17 Menschen. Auch in Deutschland kann jederzeit ein Terroranschlag passieren. Die Polizei ändert daraufhin ihr Sicherheitskonzept: Die Einsatzkräfte, die bei

einem Terroranschlag als erste vor Ort sind, warten nicht mehr auf das Eintreffen von Spezialkräften, sondern gehen selber gegen die Terroristen vor. Die GdP trägt die neue Einsatzstrategie mit, fordert aber, dass die Polizisten eine bessere Schutzausrüstung bekommen.

Als eines der ersten Bundesländer schafft NRW daraufhin verstärkte Schutzwesten an, die MP 5 erhält ein neues Zielerfassungssystem. Der GdP reicht das aber nicht, sie fordert auch einen ballistischen Schutzhelm. Weil die auf dem Markt vorhandenen Helme zu schwer sind, verzögert sich deren Anschaffung zunächst.

### Endlich echte Verstärkung in Sicht

Bei der Landtagswahl im Mai 2017 kommt es in NRW erneut zu einem Regierungswechsel. Mit nur einer Stimme Mehrheit bilden CDU und FDP die neue Landesregierung. Die GdP fordert sie auf, ihre Wahlversprechen,

mehr für die Innere Sicherheit zu tun, auch umzusetzen. Und tatsächlich beginnen CDU und FDP Stück für Stück ihr Wahlversprechen anzugehen. Ab 2017 steigt die Zahl der Kommissaranwärter in NRW auf 2300. Weil das immer noch nicht reicht, will die neue Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode jedes Jahr 500 Tarifbeschäftigte bei der Polizei einstellen. Zudem soll die Polizei mehr Rechte bekommen, zum Beispiel bei der Überprüfung von Tatverdächtigen und beim Zugriff

auf die Kommunikation von Terrorgefährdern. Auch die von Rot-Grün eingeführte Kennzeichnungspflicht für die Einsatzhundertschaften hat die neue Landesregierung bereits wieder abgeschafft. Vieles von dem, was CDU und FDP seit der Wahl auf den Weg gebracht haben, trägt die Handschrift der GdP.

Zudem steigt 2018 der Polizeietat um 92 Millionen Euro, auf 3,25 Milliarden Euro. Gemessen am Gesamtetat des Landes von 74,5 Milliarden entfallen auf die Polizei nur 4,36 Prozent. Das ist eindeutig zu wenig, um alle Aufgaben bewältigen zu können. Für die GdP bleibt trotzdem auch in Zukunft noch viel zu tun.



LANDES  
DELEGIERTEN  
TAG 2018



Seit den Terroranschlägen von Paris und Berlin, aber auch durch die von der GdP angestoßene Diskussion über No-Go-Areas und über die wachsende Alltagskriminalität ist die Innere Sicherheit wieder zu einem zentralen politischen Thema geworden. In NRW werden in den nächsten Jahren nicht nur mehr Polizistinnen und Polizisten und mehr Tarifbeschäftigte eingestellt, sondern die Polizei soll endlich auch die Rechte bekommen, die sie für eine nachhaltige Verfolgung der Täter im 21. Jahrhundert braucht. Nachholbedarf hat die Polizei aber auch in vielen anderen Bereichen.

Unter dem Motto „Zukunft beginnt jetzt“ diskutieren deshalb vom 24. – 26. April in Düsseldorf 168 Delegierte aus ganz NRW über die Frage, welche Ziele die GdP verfolgen soll? Und sie wählen den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand für die kommenden vier Jahre. Mit einem Festakt erinnert die GdP zudem an ihre Gründung vor 70 Jahren.

## Ein Blick vorweg: Anträge des Landesdelegiertentags



### Bessere Technik anschaffen

Wer in die Niederlande fährt, erlebt dort schon lange ein Stück Zukunft, von denen die Polizisten in NRW bislang nur träumen können. Schon seit Jahren gehören Laptops in jedem Streifenwagen dort ebenso zur Standardausstattung, wie Smartphones, mit deren Hilfe die Beamten am Einsatzort nicht nur alle relevanten Daten online abrufen, sondern auch komplexe Vorgänge in den Polizeicomputer einpflegen können.

Die Forderung nach einer besseren technischen Ausstattung der Polizei bilden deshalb einen der Schwerpunkte der Anträge für den Landesdelegiertentag.

Das Spektrum reicht von der frühzeitigen Beteiligung des Wach- und Wechseldienstes bei der Auswahl des künftigen Streifenwagens über die Anschaffung von höhenverstellbaren Schreibtischen bis zum besseren Schutz bei Terrorlagen.

### Mehr Fachkarrieren ermöglichen

Weil immer mehr erfahrene Beamte in Ruhestand gehen, droht der Polizei in NRW in den nächsten Jahren ein massiver Verlust an Fachwissen. Um das zu verhindern, wird in mehreren Anträgen gefordert, dass wieder mehr Fachkarrieren bei der Polizei möglich sein müssen, damit erfahrene Beamte nicht in eine andere Direktion wechseln müssen, um den nächsten Karriereschritt zu machen. Die Delegierten werden zudem über die Frage diskutieren, ob der Wachdienst stärker mit dem Ermittlungsdienst verzahnt werden soll, um bei ausgewählten Delikten eine Sachbearbeitung aus einer Hand zu ermöglichen.

Verändern wird sich die Arbeit bei der Polizei aber auch dadurch, dass in den nächsten Jahren 2500 zusätzliche Tarifbeschäftigte in NRW eingestellt werden. Sie sollen auch höherwertige Aufgaben übernehmen, die bislang von Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen werden. Auf dem Landesdelegiertentag will sich die GdP deshalb dafür stark machen, dass die neuen Stellen im Tarifbereich höher eingruppiert werden.

Auch die Verwaltungsbeamten sollen bessere Aufstiegschancen erhalten.



# Ziele, Wünsche und Träume für die nächsten Jahrzehnte



## Deckelungsbeschluss endlich aufheben!

Als die GdP vor drei Jahrzehnten die zweigeteilte Laufbahn durchgesetzt hat, musste sie eine bittere Pille schlucken: Die zweigeteilte Laufbahn gab es nur, weil die Politik die Zahl der A 12er und A 13er Stellen auf den damals erreichten Stand gedeckelt hat. Die Folge: Viele Funktionsstellen können nicht mehr entsprechend ihrer Aufgabe besetzt werden. Der Deckelungsbeschluss muss deshalb endlich weg! Das gilt erst recht in Zeiten, in denen die Polizei wieder wächst, weil jedes Jahr 2300 Anwärtinnen und Anwärter eingestellt werden.

Handlungsbedarf gibt es auch bei dem im Vergleich zu anderen Behörden viel zu geringen Anteil des höheren Dienstes.

## Zulagen anheben

Schichtarbeit ist nicht nur mit einem deutlich höheren gesundheitlichen Risiko verbunden, sondern auch mit erheblichen sozialen und finanziellen Nachteilen. Trotzdem ist die DUZ-Zulage, die die Folgekosten des Dienstes zu ungünstigen Zeiten ausgleichen soll, seit Jahren eingefroren. In anderen Bereichen, wie z.B. der Bereitschaftspolizei oder für die Mitglieder der Verhandlungsgruppe gibt es erst gar keine Zulage. Die Anpassung der Zulagen an die Arbeitsbelastung bei der Polizei nimmt deshalb bei den Beratungen des Landesdelegiertentags ebenfalls einen breiten Raum ein. Auch im Vergleich zu anderen Ländern und zum Bund gibt es hier erheblichen Nachholbedarf.



## Frauenförderung

In der vergangenen Legislaturperiode war die Frauenförderung einer der zentralen Streitpunkte der GdP mit der damaligen rot-grünen Landesregierung. Das damals vom Land gewählte System hätte zu massiven Ungerechtigkeiten in der Polizei geführt. Es wurde vom Landesverfassungsgerichtshof als rechtswidrig kassiert. Die Frage, wie die Frauen in der Polizei bessere Chancen bekommen, um Karriere zu machen, ist damit aber nicht vom Tisch. Auch deshalb nicht, weil ihr Anteil in den Führungsfunktionen der Polizei deutlich zu niedrig ist. Die GdP tritt dafür ein, dass die Frauenförderung in das Beurteilungssystem der Polizei integriert wird. Hierzu liegt dem Landesdelegiertentag ein eigener Antrag vor, damit sich bei der Frauenförderung endlich was bewegt.

In weiteren Anträgen wird zudem gefordert, dass sich der Vorstand für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Pflege stark macht.



## Wünsche, Träume und Erwartungen an die Zukunft

„Zukunft beginnt jetzt“ – unter diesem Motto steht der Landesdelegiertentag 2018. Die GdP hat deshalb ihre Mitglieder gefragt, welche Wünsche, Träume und Erwartungen sie an die Zukunft der Polizei haben? Und für welche Forderungen sich die GdP in den nächsten Jahren stark machen soll? Zu sehen sind die Erwartungen in einem kleinen Film, mit dem der Landesdelegiertentag eröffnet wird. Der Film steht anschließend auf der Homepage des Landesbezirks NRW. Für alle, die beim Landesdelegiertentag nicht dabei sein können, oder die den Film noch einmal sehen wollen

[www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

